

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

19.9.1921 (No. 218)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Str. Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. M. u. D.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zeitungsverbote.

Das Ministerium des Innern hat die in Freiburg erscheinende „Breisgauer Zeitung“ auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 vom 19. bis einschließlich 23. September verboten.

#### Das mexikanische Konsulat in Frankfurt a. M.

Nach Mitteilung der mexikanischen Regierung ist die konsularische Vertretung des Staates Mexiko für das Land Baden dem mexikanischen Konsulat in Frankfurt a. M. übertragen worden. Der zum mexikanischen Konsul daselbst ernannte Herr Dr. Nicolas Camara Vales ist zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden einstweilen zugelassen worden.

### Der Reparationsplan der deutschen Industrie.

Die „Ztg.“ veröffentlicht in ihrer Nr. 692 vom letzten Samstag einen Leitartikel, der sich unter obiger Überschrift mit den bekannten Vorschlägen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigt. Der Artikel ist sehr anschaulich und instruktiv gehalten. Wir geben ihn im folgenden im Wortlaut wieder, ohne durch diesen Abdruck der Stellungnahme der Reichsregierung vorgreifen zu wollen:

Schon die ersten Andeutungen, welche über die seit reichlich einer Woche zwischen dem Reichsminister und dem Reichsverband der Deutschen Industrie auf die Initiative des letzteren geführten Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, haben die außerordentliche Bedeutung des Projekts wohl jedem Leser zum Bewußtsein gebracht. Einzelheiten, gerade für die wichtigsten und schwierigsten Teile des Projektes, fehlen noch ganz. Sie sind, so viel wir wissen, zu einem Teile sogar zwischen den verhandelnden Persönlichkeiten selbst erst knapp gezeichnet worden, wie ja überhaupt diese Verhandlungen noch keineswegs zum Abschluß gekommen sind. Leichtfertig wäre es deshalb, heute bereits das Projekt als eine schon fertige Lösung der gewaltigen, auf uns lastenden Probleme anzusprechen zu wollen. Noch viel größer aber wäre die Leichtfertigkeit, wenn etwa einzelne politische Richtungen, aus einer politisch-agitativen Einstellung heraus, das Projekt etwa verwerfen wollten, bevor sie es überhaupt noch richtig kennen. Das ist — wir sagen das speziell im Hinblick auf den „Völkervereinigung der Reichssozialdemokratie“, auf dem ja die Fragen der Steuererhebung und der Reparation voraussichtlich einen großen Raum einnehmen werden — glatt unmöglich. Das Projekt des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist von einer Großzügigkeit, die unbeschadet aller noch notwendigen Durchdenkung in jedem Falle die ernsteste Achtung und Beachtung verdient. Mit dem endgültigen Urteil wird man warten müssen, bis seine Fertigstellung und, falls es dann zum Versuch der Ausführung kommt, der im letzten ja entscheidende Erfolg vorliegt. Aber es kann in der Tat sein, daß die innerpolitische Diskussion in Deutschland, die Diskussion erst über die Steuererhebung und dann über weiteres, durch dieses Projekt maßgebend beeinflusst wird.

Um es zu wiederholen: Der Plan geht dahin, daß die deutsche Industrie in Gemeinschaft mit der deutschen Finanzwelt in größtem Maße den privaten Kredit, den sie im Auslande auf Grund ihrer Leistungen und auf Grund ihrer Sachwerte besitzt, jetzt für Zwecke der Reparationserfüllung flüssig machen will. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie ist bereit, sich in ihrer Gesamtheit dem Auslande zu verpflichten, um durch Aufnahme von ausländischen Krediten, von Goldkrediten also, sich die Devisen zu beschaffen, die das Reich in den kommenden Monaten für die Reparationszahlung braucht und die wir bei unserer passiven Zahlungsbilanz heute aus dem laufenden Ertrage unserer Wirtschaft nicht zu beschaffen vermögen. Sie will diese Goldbeträge dem Reich übereignen, und zwar als Vorauszahlung auf künftige Steuern, deren Formen später festzusetzen wären, sie will auf diese Weise dafür sorgen, daß unsere Bilanz wieder einen erträglichen Stand erreicht, daß wir nicht durch eine immer weiter fortschreitende hoffnungslose Entwertung der Mark in dem absolut kritischen nächsten Jahre zu Grunde gehen. Eine Fülle von Fragen drängt sich auf. In welchem Umfange wird das Ausland bereit sein, der deutschen Industrie solche Kredite zu gewähren? — denn um Milliarden, um Goldmilliarden, muß es sich dabei handeln. In welchen Formen wird die deutsche Industrie selbst sich zur Aufnahme solcher Milliardenkredite fähig machen? — denn auf die Gesamtheit der Industrie, nicht etwa nur auf die verhältnismäßig kleine Zahl der bekannten Großunternehmungen, wird es ankommen, wenn der Plan gelingen soll. Welche Folgen für die ganze Struktur der Wirtschaft, für das ganze Verhältnis des Staats zu den großen Wirtschaftskörpern werden sich daraus ergeben? Welche bisher nicht bekannten Bedingungen stellt etwa die Industrie dem Reich? Auf diese und viele weitere Fragen fehlt heute noch die Antwort. Klarer aber hebt sich das Grundfähliche heraus.

Es wird links und rechts nicht an Triumphgeschrei fehlen. In den Kreisen des Unternehmertums, das ja leider immer noch ganz überwiegend den Rechtsparteien zuneigt, obwohl es mit diesem „heroischen Entschluß“ zur Erfüllung in Wahrheit wenigstens der politischen Demagogie der Deutschnationalen

die denkbar schärfste Abgabe erteilt, werden viele dieses Projekt ihrer führenden Männer als einen Sieg über die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums hinstellen, die unter dem Motto „Erfassung der Sachwerte“ gehen. Auf der anderen Seite wird man mit mindestens ebensolchem Recht in dem Projekt gerade einen Sieg dieser Gedankenengänge erblicken. Wir wünschen, daß solche überflüssigen Debatten, die die Atmosphäre nur vergiften könnten, während allein Verständigung nottut, auf beiden Seiten flüchtig unterbleiben. Nicht auf das Recht haben kommt es an, sondern darauf, das Nützliche zu tun. Von Schlagworten haben wir gerade genug. Die Diskussion über die Erfassung der Sachwerte, die man wirklich richtiger von vornherein Sach- oder Substanzwerte genannt hätte, soll nach der Aussage von Persönlichkeiten, die Einblick haben, in manchen Kreisen der Arbeiterschaft einfach die Auffassung erzeugt haben, als ob die „Kapitalisten“ in ihren Taschen Goldwerte befehen, mit denen wir ohne weitere Mühe die Reparation bezahlen könnten, wenn sie sie nur herausgeben wollten. Hat solche simplifizierende Denkwiese wirklich Verbreitung gefunden, dann wäre es in der Tat eine sehr ernste Pflicht der Führer, hier Aufklärung zu schaffen. Und auf der anderen Seite: mit was für Schlagworten hat man die Gedanken des Wirtschaftsministeriums belächelt! Es wolle eine Sozialisierung von hinten herum: als ob eine verzweifelte Finanzmaßnahme, nur erdacht zur Rettung des Landes in härtester Not, irgend etwas mit einer gemeinwirtschaftlichen, einer sozialistischen oder einer sonst immer benannten Wirtschaftsorganisation zu tun hätte. Es erstrebe die Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an das Ausland: als ob nicht umgekehrt die fürchterliche Entwertung der Mark zu einem heute schon ganz ungeheuren und täglich und stündlich sich fortsetzenden Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an das valutastarke Ausland führte, der gerade durch die Erfassung der Sachwerte in geregelte und weniger gefährliche Formen gebracht werden sollte. Die Gedanken des Reichswirtschaftsministeriums bedeuteten eine Leutnantsfinanzwirtschaft, weil sie nicht nur den Ertrag, sondern auch das Kapital für laufende Verpflichtungen opfern wollten: als ob nicht die Bezahlung durch Aufnahme von Krediten — auch von Auslandskrediten durch die Industrie! — von der Bilanz der Volkswirtschaft aus gesehen, genau so Substanzverbrauch wäre. Vielleicht ist zu hoffen, daß die jüngsten Erörterungen im Plenum des Reichswirtschaftsrates doch etwas mit solchen gedankenlos kolportierten Schlagworten aufräumen. Nicht um Worte haben wir heute zu streiten. Vor Problemen stehen wir, die eine Lösung fordern, wenn unser Volk nicht einer Katastrophe anheimfallen soll.

Diese Probleme aber lauten: wir müssen im Innern dem Reich Geld schaffen, damit es sich nicht dieses Geld wie bisher durch riesenhaft täglichen Notendruck beschaffe, der mit der Geldentwertung, die er zwangsläufig zur Folge hat, die härteste und die ungerechteste Besteuerung gerade der schwächeren Volksteile bedeutet; wir müssen zugleich die in Papiermark vereinnahmten Steuererträge in Goldmark umwandeln, damit das Reich die Forderungen des Reparationsdikts solange nach außen erfüllen könne, bis hoffentlich halb, die Gegner selbst die innere Sinnlosigkeit des Diktats erkennen und ihre Forderungen mildern. Das sind die beiden Hauptforderungen. Zu ihnen aber ist in den Erörterungen der engeren Kreise, die unangeführt mit der Durchdenkung des Reparationsproblems beschäftigt sind, in der Regierung, in der Sozialisierungs-Kommission, in den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates in letzter Zeit eine Erkenntnis immer stärker in den Vordergrund getreten: daß nämlich selbst dann, wenn wir die beiden Hauptprobleme grundsätzlich lösen, immer noch das Datum eines Übergangsstadiums bleibt, das überbrückt werden muß. Denn selbst angenommen, wir brächten noch viel mehr Steuergesetze fertig, als die bisherigen Entwürfe des Finanzministeriums vorsehen, dem Herr Dr. Wirth leider noch immer seinen führenden Kopf an die Spitze zu stellen vermocht hat, selbst angenommen, wir machten jetzt die Erfassung der Sachwerte — so würde doch schon die Ausarbeitung und die Beratung dieser Entwürfe und würde vor allem die praktische Durchführung der neuen Gesetze so viel Zeit beanspruchen, daß bis zum tatsächlichen vollen Eingang der Gelder (schon manche der jetzt vorliegenden Steuerentwürfe sollen ja erst von 1923 oder gar von 1925 ab wirksam werden) die Notenlawine in einem Maße angeschwollen sein würde, daß vielleicht die Katastrophe da wäre, bevor der Apparat der Finanzverwaltung funktioniert. Übergangsmaßnahmen wären also in jedem Falle notwendig. Und der Kern des großen Projekts des Reichsverbandes der Deutschen Industrie liegt nun darin: daß es diese Übergangsmaßnahmen an die Spitze stellt, daß es die unmittelbar zwingenden Bedürfnisse des Augenblicks und der nächsten Zeit zuerst zu befriedigen sucht, und daß es damit für die endgültige interne Lösung Zeit zu gewinnen trachtet.

Denn darum handelt es sich. Der Reichsverband der deutschen Industrie will, soweit wir unterrichtet sind, die bereits vorliegenden Steuerentwürfe nicht etwa antauchen. Aber sie hat ja im Reparations-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats bereits eine sehr weitgehende sachliche Verständigung der verschiedenen Gruppen, der Arbeitgeber in Landwirtschaft und Industrie, sowohl wie auch der Arbeitnehmer stattgefunden, die unter Umständen auch die politische Auseinandersetzung im Reichstage wesentlich erleichtern kann. Der klaffende Streit der Meinungen geht um das freilich gewaltige Defizit, das auch danach noch im Etat verbleibe, um den Restbetrag, von dem auch der Reichsminister in seiner ersten Anknüpfung der neuen Steuern zugegeben hat, daß er das eigentliche Kernproblem darstelle. Und nun sagt die Vertretung der deutschen Industrie: Das für den Augenblick Wichtigste ist, daß wir für die nächsten Monate, will sagen etwa für das erste Jahr der Reparation, die Reparationszahlungen nach außen leisten und zwar in einer Weise, daß unsere innere Geldwirtschaft dadurch nicht vollends

ruiniert, sondern umgekehrt, gebessert werde. Das wollen wir erreichen, indem wir das Geld im Auslande beschaffen und es dem Reiche a conto irgendwelcher späterer Steuern oder Abgaben jetzt überliefern. Aber die Art dieser künftigen, dann noch zu machenden Steuern, können wir uns nach Befriedigung der gegenwärtigen, tatsächlich das Leben des Volkes bedrohenden Notlage weiter den Kopf zerbrechen. — In der Tat muß man sagen, die Aussicht, daß wir etwa jetzt schon zu einer wirklichen endgültigen Finanzreform kämen, ist ja gering. Ihre Fehlt schon wegen der riesigen Geldschwankungen und wegen der nach allgemeiner deutscher Auffassung in absehbarer Zeit unabwendbar notwendigen Änderung des Reparationsdikts die Basis. Der innere Kampf um diese endgültige Finanzreform bleibt uns natürlich nicht erspart. Er wird sich nach den innerpolitischen Machtkämpfen entscheiden. Und niemand braucht seine Auffassung darüber heute zu opfern. Die Frage ist lediglich, ob wir ihn im Augenblick auszutragen gezwungen sind.

Das ist die Lage, vor die das Projekt des Reichsverbandes der deutschen Industrie uns stellt. Wir wiederholen: ein endgültiges Urteil ist heute nicht möglich, bevor die Einzelheiten vorliegen, bevor auch die „Größenordnungen“ bekannt sind, um die es sich für außen und innen dabei handelt. Heute ist nur soviel zu sagen, daß wir vor einer großen Initiative stehen, daß wir die Fertigstellung und gegebenenfalls den Erfolg abwarten müssen. Ernsteste, unberechnete Durchdenkung aber ist jedenfalls unbedingte Pflicht aller Parteien. Sie ist auch Pflicht des Auslandes, dem die repräsentativste Wirtschaftskategorie Deutschlands hiermit einen Beweis ihrer Erfindungsbereitschaft bringt, den es hoffentlich in seinem vollen Umfange würdigen wird.

### Die Wahrheit über den Zusammenbruch.

Im „Badischen Beobachter“ lesen wir die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

Die Wahrheit über den Zusammenbruch, den Deutschland im November 1918 erlebte, bricht sich Bahn trotz der denkbarsten Mühe, die sich die rechtsradikalen Elemente geben, um die Ursachen nicht zum Vortritt kommen zu lassen. Die Berliner „Freiheit“ erinnert daran, daß der Reichstagsabgeordnete Stresemann am 13. Oktober 1918, also einen Monat vor Abschluß des Waffenstillstandes, unter dem frischen Eindruck der vorhergegangenen Ereignisse in einer Versammlung der national-liberalen Landesverbände und Parteifunktionäre eine Rede gehalten hat, in der er u. a. ausführte:

„Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, der Reichstag habe wieder einmal die Nerven verloren. Demgegenüber muß jedoch betont werden, daß das „Pr. L.“, ohne Unterschied der Parteien, in dieser Krisis die gesündesten Nerven gehabt hat. Die Erschütterung des letzten Restes von Siegeswillen ist von der obersten Heeresleitung und von niemand anders ausgegangen.“

Herr Stresemann schildert dann, wie der Friedensschluß zustande gekommen ist. Der Reichsminister von Bayern berief die Fraktionsvorsitzenden zusammen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß Deutschland sofort Frieden haben müsse. Die oberste Heeresleitung wünschte es so. Herr v. Bayern erklärte, er könne nichts weiter sagen, denn er habe selbst erst seit 24 Stunden von diesen Dingen Kenntnis. Darauf brachte als Vertreter der obersten Heeresleitung Herr v. d. Busche ein Exposé zum Vortrag, in dem die oberste Heeresleitung erklärt, es sei notwendig, den Kampf abzubrechen und den Versuch zu machen, so bald wie möglich den Frieden zu unterzeichnen. Die näheren Bedingungen für diesen Friedensschritt wurden nicht einmal angedeutet. In dem Exposé befanden sich unverkennbare Widersprüche. So wurde z. B. gesagt, es bestehe keine unmittelbare Gefahr an der Westfront, andererseits wurde betont, es müsse sofort ein Schritt geschehen. Schon eine Verzögerung von Stunden würde für Deutschland Lebensgefahr mit sich bringen. Herr v. Bayern hat darauf hingewiesen, daß er diesen Schritt tue, da die oberste Heeresleitung derart dränge, wenn gleich er sagen müsse, daß man die Dinge ja auch in Ruhe bedenken könne, wenn für die Westfront keine Gefahr bestehe. Die Parteiführer stellten sich trotzdem auf den Standpunkt, daß eine Überstürzung nicht am Platze sei, aber schließlich mußten sie sich dem fortgesetzten Drängen der obersten Heeresleitung fügen.“

Stresemann kam auf Grund dieser Tatsache zu folgendem Urteil über die oberste Heeresleitung:

Wenn also davon gesprochen wird, daß in jenen entscheidenden Stunden die Nerven versagt hätten, so muß ich der Wahrheit entsprechend sagen, daß das nicht bei dem Parlament, sondern bei der obersten Heeresleitung der Fall gewesen ist. Die anders reden und schreiben, betragen das deutsche Volk. Wir haben in jenen Stunden den Kopf oben behalten. Was dazu geführt hat, daß ein Niederbruch der Stimmung im Hauptquartier erfolgt ist, wissen wir heute noch nicht.“

Man muß die Dinge ständig wiederholen, damit nicht deutschnationale Lügen die Wahrheit verdunkeln. Neues sagte Stresemann ja damit nicht. Wer die Wahrheit erfahren wollte, der konnte sie damals überall erfahren; aber es gab sofort Leute, die von ihr nichts wissen wollten und die öffentliche Meinung hinteres Licht zu führen versuchten.

Im deutschnational gestimmten „Tag“ behandelt soeben Oberst Schwertfeger neuerdings die Schuldfrage und schreibt dabei u. a.:

„Schlagwörter sind immer höchst gefährlich. Nur zu oft sehen sie sich an die Stelle der Begriffe. Der Reizung der Massen zu schnellem, nicht vertieftem Urteil, sagen wir ruhig der geistigen Indolenz, kommen sie in verhängnisvoller Weise entgegen. Gerade, wo Begriffe fehlen, da stellt sich zur unredlichen Zeit ein Schlagwort ein und wird um so begieriger

aufgegriffen, je sensationeller es zugespitzt ist. Der „Dolchstoß der Heimat“ ist uns bekanntlich als Äußerung eines englischen Generals über den deutschen Zusammenbruch beschriftet worden. Er gehört meiner persönlichen Überzeugung nach zu den übelsten Erzeugnissen der Nachkriegszeit.

Indem Oberst Schwertfeger dann in die Prüfung der Frage eintritt, ob von einem „Dolchstoß“ gesprochen werden könne, führt er aus, daß Anfang November 1918 die in Deutschland ausgebrochene Revolution den Zusammenbruch des noch an der Westfront kämpfenden Heeres allerdings vollendet habe. Nehme man aber nicht die Lage von Anfang November — wo das deutsche Heer nach dem Nizhningen der großen Offensive schon auf dem Rückzuge war, Österreich-Ungarn und Bulgarien sich schon unterworfen hatten — sondern einen früheren Zeitpunkt, so sei es durchaus unberechtigt, von einem „Dolchstoß der Heimat“ zu sprechen. Oberst Schwertfeger sagt weiter: „Die große Offensive des Jahres 1918 schien der einzige Weg zu einem baldigen Frieden. Sie wurde daher, schon weil sie aus dem Stellungskriege herauszuführen versprach, von der überwiegenden Mehrzahl der Frontkämpfer mit Freuden begrüßt. Als es klar wurde, daß in diesen letzten Kämpfen des „armen Mannes“ gegen die mit allen Erfordernissen der Kriegsführung versehenen Entente ein den Krieg entscheidender Erfolg nicht mehr möglich war, schlug die Stimmung um. Die „unterirdischen“ Strömungen, von denen auch August Winnig spricht, wurden wirksam. Die von der obersten Heeresleitung den für die Gesamtpolitik verantwortlichen Männern Anfangs Oktober 1918 aufgesetzene Waffenstillstandsforde rung hinfürzte. Kurz vor dem Waffenstillstand mußte aber nicht nur auf die Front, sondern vor allem auch auf die Heimat verhängnisvoll zurückwirken, zumal es unterlassen wurde, die wirkliche Gesamtlage dem ganzen deutschen Volk mit hinreichender Deutlichkeit zu schildern. Das ist vielleicht die schwerste Unterlassungssünde des ganzen Krieges gewesen.“

Wir hatten Gelegenheit, im Oktober 1918 mit dem damaligen Staatssekretär Erzberger über diese Dinge zu sprechen. Er hielt es für verhängnisvoll, daß die oberste Heeresleitung, wie aus der Pistole geschossen, den Waffenstillstand forderte und meinte, wenn die Regierung nicht mit der blühenden und dringenden Waffenstillstandsforde rung unbedingt zu rechnen gehabt hätte, wären von der Regierung aus Schritte zur Erreichung desselben Zieles unternommen worden, die auf keinen Fall den Charakter des Überstürzten und Verzweifelten an sich getragen hätten, wie die Forde rung der obersten Heeresleitung. Also nicht die Regierung des Prinzen Max war schuld an dem Waffenstillstand und seinem überstürzten Abschluß, sondern die Heeresleitung. Und es wäre sehr ritterlich, wenn endlich, nachdem auch Militärs, wie Oberst Schwertfeger, der Wahrheit Zeugnis geben, auch aus dem Kreise der obersten Heeresleitung aufrichtig gesagt würde, daß es eine Lüge ist, wenn man immer wieder in deutschnationalen Kreisen Erzberger und den Prinzen Max und seine Regierung als die Schuldigen hinstellt. Das Volk ist genug belogen oder hinter das Licht der Wahrheit geführt worden. Man sei endlich aufrichtig, nachdem doch nichts mehr zu retten ist, als der gute Ruf.

Oberst Schwertfeger ist der Meinung, daß es noch im Oktober 1918 nicht zu spät gewesen wäre, wenn man der deutschen Nation die wahre Lage enthüllt und sich mit einem starken Appell an sie gemeldet hätte. Er schreibt:

„Der Ruf blieb aus. Über ganz Deutschland wehte ein Sauch fatalistischer Ohnmacht. Das Volk lebt nicht nur körperlich, sondern auch geistig von der Hand in den Mund. An die Stelle der einst so stolzen Begeisterung war in weiten Volksteilen ein dumpfes Verdrüßnis und ein höchst bedrückendes Bewußtsein der Entbehrungen und Kriegseliden getreten. Niemand aber zeigte dem Volke die Gefahren eines Unterwerfungsfriedens, wie wir sie in grauenvoller Schmerz nun haben erleben müssen. Ihm war ja der Sieg für 1918 fest versprochen worden, und viele Kreise glaubten noch an eine solche Möglichkeit, als bereits der in der schwersten Stunde Deutschlands berufene Reichskanzler Prinz Max zur Herausgabe des Waffenstillstandsangebots gezwungen wurde. Klarheit über die wirkliche Lage ohne jede Schönfärberei, mahnender Entschluß zur Wahrheit, daran hat es gefehlt.“

Daran sollte es aber heute nicht mehr fehlen. Es ist daher ebenso zu begrüßen, daß Oberst Schwertfeger der Wahrheit eine Gasse bahnt, wie es umgekehrt verwerflich ist, wenn rechtsradikale Kreise heute noch an gewissen Kriegslügen festhalten wollen. Nachdem mit diesen Lügen schon so viel Unheil angerichtet worden ist und Erzberger diesem Lügenfeldzug, der das Hirn rechtsradikaler unreifer Burchen umnebelte, zum Opfer fallen mußte, wäre es an der Zeit, daß alle Männer, die auf Ehre halten, zur Wahrheit und an den Tatsachen ständen.“

## Politische Neuigkeiten.

### Pläne der Bayerischen Volkspartei.

München, 17. Sept. Mit dem unverkennbaren Ziele einer stärkeren Betonung der staatspolitischen Selbständigkeit Bayerns hat die Bayerische Volkspartei soeben dem Landtag einen Antrag auf baldige Aufstellung eines Staatspräsidenten unterbreitet. Dem Staatspräsidenten soll insbesondere das Recht zustehen, im Rahmen der Bestimmungen der Reichsverfassung und der bayerischen Verfassung Bayern nach außen hin zu vertreten, gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtages die Staatsverträge und Landesverträge auszufertigen und zu verkünden, dem Landtage die Vorschlagsliste der Minister zu unterbreiten und sie im Einverständnis mit dem Landtage zu berufen, die Beamten zu ernennen und Straferlasse im Sinne der bayerischen Verfassung ergehen zu lassen.

Gleichzeitig beantragt die Bayerische Volkspartei, die bayerische Staatsregierung solle durch ihre Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der gemäß Artikel 48 Absatz 5 der Reichsverfassung die dem Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 Absatz 2 verliehenen Machtsbefugnisse dahin beschränkt werden, daß sie in kein Sondereigentum eines Landes eingreifen dürfen, da insbesondere der Wollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verhängten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibe und lediglich im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zustehe, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Diese Anträge der Bayerischen Volkspartei stellen, wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt, einen starken partikularistischen Vorstoß dar. Was den zweiten Antrag angeht, so bedeutet er eine weitgehende Einschränkung der Rechte und Pflichten, die dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugewiesen sind. Offenbar ganz zu Unrecht beruft er sich dabei auf den fünften Absatz des Artikels 48 der Reichsverfassung. Dieser Absatz lautet: „Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“ Das Nähere zur Ausführung, aber natürlich nicht zur Abänderung der in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels festgelegten Reichsbefugnisse und Reichspflichten. Der vorgeschlagene Antrag Bayerns im Reichsrat würde also eine Verfassungsänderung enthalten, und es ist nicht anzunehmen, daß er im Reichstag die dafür erforderliche qualifizierte

Mehrheit erhalten würde. Partikularistisch ist auch die Tendenz des ersten Antrags auf Schaffung der Stelle eines bayerischen Staatspräsidenten, wenn dabei, wie es vorerst den Anschein hat, an einen Staatspräsidenten denken wird, der außerhalb und im gewissen Sinne über der Staatsregierung stehen soll. Den Titel „Staatspräsident“ gibt es ja auch sonst in Württemberg, Baden, Hessen usw., aber es ist dort eben bloß ein Titel, der dem Ministerpräsidenten beigelegt ist. Hier aber scheint es doch auf ein selbständiges Staatsoberhaupt abgesehen zu sein, dessen Stellung der des Reichspräsidenten im Reich entsprechen würde. Selbst Preußen, das doch so viel größer ist, hat auf einen solchen Staatspräsidenten verzichtet. Wenn jetzt die größte bayerische Partei diesen Plan, den sie schon früher vertreten hat, wieder aufnimmt, gerade in diesem Augenblick wieder aufnimmt, so ist die Tendenz nicht mißzuverstehen.

### Bayern und die Rechtsbolschewisten.

Die Agitation, die aus Anlaß der Vorgänge im Berliner Überwachungsamt gegen die Reichsregierung und insbesondere gegen den Reichskanzler in der Münchener Ordnungspresse erneut eingeleitet hat, nimmt in verschärfter Form ihren Fortgang. Die in einigen Nebenpunkten zweifelhaften Angaben des Weismannschen Berichtes werden immer wieder in den Vorrede und höhnlicher und entrüsteter Betrachtungen gerückt. Der ganze Lärm soll dazu dienen, die Aufmerksamkeit von den entscheidenden Tatsachen abzulenken, die, wie die „Augsburger Postzeitung“ wieder betont, darin beruhen, daß Bayern in gewisser Hinsicht zum Hof führenden Kapp-Butschisten und anderer suspekter Elemente geworden sei. Darüber, so sagt das Blatt der Bayerischen Volkspartei, komme man nicht hinweg. Ferner sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der Münchener Polizeipräsident Böhm in dieser Sache eine gewisse Rolle gespielt habe, wie überhaupt die ganze Autokratie Böhmers zur Regierungskrise in sehr naher Beziehung stand.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß eine objektive Nachprüfung des den Berliner Beschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalts durch das Verhalten des bayerischen Landtagsausschusses erschwert worden ist, der die langen Darlegungen des Staatssekretärs Dr. Schwyer gestern widerspruchslos als feststehende Tatsache hinnahm und es nicht für nötig erachtete, auf einer Aufklärung mancher durchaus noch fragwürdiger Zusammenhänge zu bestehen. Mit dem billigen Triumph, den Staatssekretär Schwyer im Ständigen Ausschuss gegen die Reichsregierung erzielte, ist die Angelegenheit jedoch zweifellos nicht erledigt. Selbst der deutschnationale bayerische Reichstagsabgeordnete Straßmann kann nicht umhin, in einem Artikel der „München-Augsburger Abendzeitung“, in dem er für seine Partei die Gemeinschaft mit Anhängern einer Propaganda der Tat ablehnt, hinsichtlich der Münchener Vorgänge den schwersten Bedenken Ausdruck zu geben.

Die jüngsten Ereignisse, so schreibt Dr. Straßmann, schienen immerhin darauf hinzuweisen, daß es in Oberbayern tatsächlich gewisse Kreise gebe, die meinen, unserm Volke durch blutige Gewalttaten, durch Verbrechen, helfen zu können, und daß diese Kreise mit der Brigade Ehrhardt zusammenhängen. Wenn Angehörige dieser Brigade in Bayern einen Unterschlupf gefunden hätten, wo sie nicht in dem Maße wie anderwärts den Auswirkungen sozialistischer Verfolgung ausgesetzt wären, so hätte man wohl erwarten dürfen, daß sie das Gestreift nicht mißbraucht hätten. Wenn aber tatsächlich nicht nur wild gewordene Einzelne aus diesen Kreisen mit Wordingen umgingen, sondern größere Zusammenhänge beständen, so gebe es kein Wort der Zurückhaltung, daß gegen die Schuldigen ohne jede Rücksicht vorgegangen werde. Hier habe keine Schonung Platz.

Straßmann schließt: „Das deutsche Volk kann gewalttätige Erschütterungen nicht vertragen. Unser Wirtschaftsleben braucht politische Ruhe. Aus der Nordatmosphäre müssen wir herauskommen. Kritik, scharfe Kritik, an der Regierung des Reiches: ja, solange sie berechtigt ist, aber Gewalttaten — nein! — Das Schwert gehört nur in die Hand der Obrigkeit.“

### Huseinandersetzungen.

Berlin, 18. Sept. Amlich wird zu den Erklärungen des bayerischen Ministers Oswald mitgeteilt:

Der Minister Oswald spricht davon, daß der Berliner „Morgen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht sehne und dieses dem Berliner „Morgen“ einverleihen wolle. Berlin werde in diesem Bestreben von einer „außerdeutschen Stelle“ unterstützt. Der Grund zu diesem Vorhaben des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Oswald fordert selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit. Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt. Diese würden auch der Auffassung des Reichskanzlers in keiner Weise entsprechen. Die Gerüchte, die der Herr Minister Oswald vorzeitig weitergegeben hat, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren. Auch an einer anderen Stelle seiner Rede hat Minister Oswald davon gesprochen, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe. Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner hat Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit“ verschlechtert. Die Abgrenzung der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich ist in der Weimarer Verfassung festgelegt. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akt der Reichsregierung, geschweige von einer Verschlechterung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil. Bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich ist, wie jedem in den Gang der damaligen Verhandlungen Eingeweihten bekannt ist, auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.

Ferner hat Minister Oswald mit Bezug auf das Abkommen von Spa die Behauptung aufgestellt, dort seien die bayerischen Einwohnerwehren von der Reichsregierung verschlechtert und den Bayern die Ententevertreter auf den Hals geschickt worden. Es ist jedermann bekannt, daß die Annahme des Abkommens unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist. Wie man auf ein solches Abkommen von den Minister Oswald gebrauchten Ausdruck anwenden kann, ist unerfindlich. Die neueste Auseinandersetzung zwischen Reich und Bayern wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 hat Minister Oswald dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den starken Mann spielen wolle. Die Reichsregierung glaubt durch ihr Verhalten ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen genügend dargetan zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg der Verständigung zu beschreiten gewillt ist.

Berlin, 17. Sept. Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Würde des Abgeordneten Erzberger nunmehr festgestellt, aber noch nicht ergriffen sind, die ausgesetzte Be-

lohnung von 100 000 auf 200 000 Mark erhöht. Zuständig für die Verteilung sind die bayerischen Landesbehörden.

München, 18. Sept. Wie die „Berliner Morgenpost“ erfährt, hat v. Kahr das Angebot der Kabinettsbildung abgelehnt. Berlin, 17. Sept. Die preussische Staatsregierung übermiltelt das Wolffsbureau folgende Erklärung:

In der von dem Herrn Reichskanzler am 15. September im Ausschuss des Reichstags verlesenen Niederschrift, die den preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Herrn Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben im Mai 1920 und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung seit Bestehen der Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wurde und von dieser Aufgabe empfang. Das Reichs-kommissariat für öffentliche Ordnung war erst im Entstehen begriffen. Das preussische Staatsministerium hat von dem durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Herrn Reichskanzler im Reichstagsausschuss Kenntnis erhalten. Das Staatsministerium bebauert, daß derartige Schritte eines solchen Organs in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden wäre. Es bebauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis derartiger Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

München, 17. Sept. Korvettenkapitän Ehrhardt sandte an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Staatskommissars Weismann, worin er feststellt, daß er nach dem Kapp-Rutsch versuchte, einen Teil seiner Leute auch in Süddeutschland anzusiedeln. Bei dieser Gelegenheit sei er auch einmal auf dem Münchener Polizeipräsidenten Böhm gewesen. Als er nach der Auflösung der Brigade erfahren habe, daß auch gegen ihn ein Haftbefehl erlassen worden sei, und Bayern entsprechende Anweisungen erhalten würde, habe er sich schleunigst entfernt, und nichts von sich hören lassen. Er sei inzwischen gelegentlich in Deutschland gewesen, doch sei er dabei vorsichtig und nicht so leicht zu finden, die bayerischen Grenzposten zu überschreiten. Mit dem Minister Roth sei er weder mündlich noch schriftlich, noch durch eine Mittelsperson in Verbindung gewesen und von einer Konferenz in Rosenheim wisse er nichts.

### Die deutsche Volkspartei.

Zu der kürzlich mitgeteilten Äußerung des deutschnationalen Fergt über die Deutsche Volkspartei schreibt die „National-liberale Korrespondenz“:

Trotz der liebenswürdigen Form dieser Äußerung möchten wir doch ein paar Worte dagegen sagen. Herr Fergt ist im Irrtum, wenn er glaubt, die Deutsche Volkspartei habe irgend etwas in ihrer bisherigen Auffassung „überwunden“. Nein, die Deutsche Volkspartei ist sich vollkommen gleich geblieben, und alles, was in der letzten Zeit und bis in die letzten Tage über ihre Stellungnahme bekannt geworden ist, deutet sich völlig mit ihrer früheren Haltung. Sie hat immer bei aller Wahrung ihrer programmatischen Auffassung auf dem Boden der Verfassung gestanden. Es ist uns nichts davon bewußt, daß sich unter dem „Druck der Tatsachen“ irgend etwas geändert hätte. Wie weit das auf die deutschnationalen zutrifft, wissen wir nicht. Wir müssen aber annehmen, daß die „innige Gemeinschaft“, zu der sich der Abgeordnete Fergt jetzt bekennt, auf eine Änderung in der Auffassung der Deutsch-nationalen Volkspartei zurückzuführen ist, denn die deutschnationale Tonart vor gegenüber der Deutschen Volkspartei nicht immer so, daß sie auf eine „innige Gemeinschaft“ hätte schließen lassen. Um so mehr freuen wir uns, daß unter dem „Druck der Tatsachen“ darin eine Änderung eingetreten ist und wir wollen nur wünschen, daß mit dem „Druck der Tatsachen“ nicht auch wieder die freundliche Tonart schwindet.

Berlin, 17. Sept. In der Nationalliberalen Korrespondenz“ behandelt Dr. Stresemann die Frage, ob die gegenwärtige politische Lage einen Rechtsstolb oder die Einballung einer Politik der Mitte als wünschenswert erscheinen lasse. Stresemann kommt zu dem Schluß, daß heute, drei Jahre nach der Revolution, die Dinge in Deutschland noch nicht so weit gediehen seien, daß sie ziemlich gleichartigen Teilen des Volkes der eine sich einfach vom anderen beherrichen ließe. Auch sei eine Zeit außerpolitischer Spannung, wie wir sie zur Stunde durchleben, nicht dazu angetan, im Innern des Reiches Weltanschauungsfragen durchzukämpfen. „Gegenüber allen gewalttätigen Erschütterungen der politischen Entwicklung eines Volkes“, so erklärt Stresemann, „muß der Weg gehen zur Entspannung der politischen Lage durch Verständigung der gemäßigten Parteien. Man mag dieser Politik der Mitte absprechen, daß sie eine Politik der Stärke sei, jedenfalls ist sie die Politik der Vernunft, die den einzig möglichen Weg zeigt, durch den wir aus dem Wirrwarr und der Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse herauskommen vermögen.“

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Berlin, 18. Sept. In der Stadthalle wurde der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei mit einem Begrüßungsabend eröffnet. Die 2500 Personen fassende Halle war überfüllt. Zu Vorsitzenden wurde Weis-Berlin und Taubadel-Görlitz gewählt. Der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller erklärte, die Sozialdemokratie sei noch immer die Partei der Massen. Er richtete die schärfsten Angriffe gegen die Kreise, die hinter den Rücken Erzbergers ständen und gegen die deutschnationale Partei. Er forderte, daß die Sozialdemokraten den Weg in die preussische Regierung hineinfinden müßten. Bei Besprechung der Außenpolitik kritisierte er scharf die Nichtaufhebung der Sanktionen. Unser Weg, sagte er, ist der des aktiven Kampfes für die Republik; das wäre auch der Weg zu einer Einigung der Arbeiterschaft.

Berlin, 18. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag begrüßte der Vorsitzende Weis die erschienenen ausländischen Vertreter, wobei er betonte, daß die Trennungswandern, die der Krieg errichtet habe, nunmehr schwinden. Erfahren sind aus Schweden Gustaf Müller, aus Dänemark Stanning, aus Holland Lippold, aus Belgien de Broquiere, aus der Tschechoslowakei Kemjo-Prag, aus Ungarn Wuchingen, aus Georgien Tschaidze, der vor den Bolschewisten flüchtigen mußte. Weis kritisierte aus diesem Anlaß scharf das Vorgehen der Bolschewisten und zeichnete drastische Bilder aus den bolschewistischen Kreisen in Georgien, wo die Arbeiter einem Zuchtstrafregiment unterworfen seien. Gut hätten es in Georgien nur Spezialanten, Schieber und Gauner.

### Bindenung und Erzberger.

Als Erzberger nach seinem Gange nach Compiegne ins Große Hauptquartier zurückkehrte, drückte ihm der frühere Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Worten des Dankes die Hand. Diese interessante Tatsache wurde nach der Ermordung

Erzberger in einer Berliner Zentrumsversammlung ...

Die Berliner Volkszeitung bemerkt dazu: „Zuerst eine ...“

Kurze polit. Nachrichten.

\* Gärung in Sowjetrußland. „Politiken“ wird aus Riga ...

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

Der Verfassungsausschuss einigte sich bei einer allgemeinen Aussprache über den Gesetzentwurf zur Ausführung des § 66 der Verfassung (Stammgüter) dahin, daß der Verichterfasser Abg. Dr. Behner, da eine Erledigung der schwierigen Materie auf dem jetzigen Landtag nicht mehr möglich ist, in einem Druckerbericht Richtlinien über die Auslegung dieses Verfassungsparagraphen aufstellen möge. Nach der genannten Bestimmung ist das objektive Sonderrecht der Stammgüter aufgehoben und kann nicht mehr

Landestheater.

Aus der letzten Spielzeit hat das Schauspiel den von Herrn Baumbach so wichtig inszenierten „Ruffischen Komödienabend“ herübergenommen. Von den drei Stücken erweisen sich Gorenoff's „Ruffen der Seele“, das zunächst durch die Neuheit des Schauplatzes und aparte Problemstellung verblüfft, bei näherem Zuschauen als das schwächste. Ein überraschender Augenblickserfolg, der auf das Konto eines glücklichen Einfalls zu buchen ist. Mehr nicht. Der Rest kommt über die Banalität einer Alltagsaffäre nicht hinaus. Kschelow's „Heiratsantrag“ macht zwar auch keinen Anspruch auf literarische Bewertung, ist aber als marionettenhaft hübsche Komödie von erschütternder Komik. Eine bis ins einzelne durchgearbeitete Charakterkomödie sind dagegen Gogol's „Spieler“. Der Typ des Berufsspielers oder besser professionellen Falschspielers ist in der Gestalt Jachzems meisterhaft getroffen und wird von Herrn Müller zu bleibendem Eindruck veredelt. Das Trio der Gegenspieler wird von den Herren Höder, v. d. Trend-Ulrici und Gernede mit scharfen Konturen umrissen. Neu war der von Herrn Kienischer gut dargestellte Betrüger — wer ist in dieser Komödie kein Betrüger? — Samuchschin. In „Ruffen der Seele“ war die Besetzung bis auf das Gefühls-Nachdieser geliebt. Diese Partie hat jetzt Herr Unger übernommen und mit der ganzen Reife eines erfahrenen Schauspielers ausgearbeitet. Er muß aber als Gefühls-Nachdieser noch „gefühlvoller“ sein und außerdem einige sprachliche Härten mildern. „Der Heiratsantrag“ wurde von den Herren Herz und Müller und Fr. Müller mit geradezu erstaunlicher Virtuosität in einem rasenden Tempo erledigt. Das Publikum kam nicht mehr aus dem Lachen heraus. Auch die Inszenierung erwies sich wiederum als ein Meister. Es ist wirklich kein verlorener Abend, den uns Herr Baumbach mit den drei Ruffen bestellt hat.

In einer sorgfältigen Neueinstudierung wurde am Sonntag Gumpert's „Ruffischer Musikmärchen“ wieder in den Spielplan aufgenommen. Sieht man von der allzu wichtigen musikalischen Einleitung ab, die sich in Bahnen des Wagnerischen Musikdramas bewegt und in

die Rechtsgrundlage für die Errichtung neuer Stammgüter bilden; die Auflösung der an den Stammgütern bestehenden subjektiven Rechte wird durch ein künftiges erläßendes Gesetz vollzogen werden.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung begann am Freitag nachmittag die Beratung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Reichsgesetzes zur Entlastung der Gerichte und stimmte der Erhöhung der gemeinberechtigten Zuständigkeit von 60 auf 300 M. gegen drei Stimmen zu.

Die Leitung der Zentrumsparthei.

veröffentlicht folgende Erklärung: Aus verschiedenen Teilen des Landes kommt die Mitteilung, daß ehemalige Offiziere oder Studenten aus dem Norden sich als Wahlagitatoren in den verschiedenen Gegenden niedergelassen haben. Ihre Aufgabe scheint es zu sein, für den Landbund Stimmen zu sammeln und gegen die bestehende Ordnung Stellung zu nehmen. Wir machen auf diese neuromidischen Bauernfreunde aufmerksam und bitten unsere Freunde, gar keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir diese nordischen Agenten ablehnen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Aufgehoben sind: 1. Sperre für alle Güter nach den Wademburger Bahnhöfen. 2. Sperre nach Breslau hinsichtlich des Wagenladungsverkehrs. Für den Südgüterverkehr bleibt die Sperre mit den f. Zl. mitgeteilten Ausnahmen bis auf weiteres bestehen.

DZ. Freiburg 14. Sept. Zu dem vom Vormonat übernommenen Stand der Erwerbslosen mit 360 Personen kamen im Laufe des Monats 206 Neu-Erwerbslose; zusammen wurden somit 566 Vollerwerbslose mit 1027 Familienmitgliedern unterstützt. Am Schluß des Monats betrug der Stand der Erwerbslosen 385. An Unterstützung wurden ausbezahlt: 276 942,45 M., und zwar an Vollerwerbslose 254 860,20 M., an Kurzarbeiter 4716,75 M. außer den Familienzuschlägen an nach auswärts vermittelte Familienväter 13 334,75 M. Für Familienzuschläge an kranke Hausarbeiter 4030,55 M., an langfristige Erwerbslose wurde eine außerordentliche Reichsbefehle im Betrag von 59 960 M. verausgabt.

DZ. Schopfheim, 14. Sept. Gestern und heute weilten Reichsverkehrsminister Graener und der badische Generaldirektor Schulz hier, die auf einer Besichtigungsreise begriffen sind und gestern nachmittag von Säckingen kommend, sich nach Zell begaben, um die Anlage der Zell-Zobdener Nebenbahn in Augenschein zu nehmen, deren Übernahme durch das Reich angestrebt wird. Der feierliche Betrieb ist kaum mehr halbar.

DZ. Singen, 14. Sept. Wie die „Singer Zeitung“ berichtet, fand anlässlich eines Holzdiebstahls in einem Hause in Singen eine Untersuchung statt, wobei der Gendarm ein unscheinbares Paket aus einer Ecke hervornahm und es seines auffallend schweren Gewichtes wegen öffnete. Er fand in kleine Teile zerhackten Riese von 7 Kellern mit Patenen, 4 Speisekelchen, Verschnitten, eine Ofenstange und eine große Messingkugel. Die Kellerrunde waren platt geschlagen und völlig zertrümmert. Gut erhalten sind 4 echt silberne Medaillons und ein Straßentrang mit dem Marienbildnis.

Aus der Landeshauptstadt.

Vom 42. deutschen Arzttag in Karlsruhe. DZ. In der Freitagssitzung sprach, wie schon kurz gemeldet, Herr Hansberg über „Die praktische Ausbildung zum Arzte“. Referent warnt vor radikalen Änderungen; zu empfehlen sei ein vorläufiger Um- und Ausbau der bestehenden Einrichtungen. Die Dauer des medizinischen Studiums solle von 10 auf 11 Semester verlängert, von denen 4 auf die vorläufige und 7 auf die klinische Zeit fallen. Unter Wahrung des streng wissenschaftlichen Charakters der Medizin sei der Förderung und Erweiterung der praktischen Tätigkeit erhöhte Bedeutung beizumessen. Die praktische Ausbildung müsse außerhalb der Studiensemester erfolgen. Das praktische Jahr ist beizubehalten. Es beginnt nach vollendeter Staatsprüfung. Die Ausbildung während des praktischen Jahres beschränkt sich auf innere Medizin, Chirurgie sowie Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Außer dem praktischen Jahre sollen die klinischen Ferien nach Möglichkeit zu Kursen in innerer Medizin und Chirurgie herangezogen werden. Für die praktische Ausbildung kommen neben den Universitätskliniken die Krankenanstalten in Betracht, besonders sollen die in den Universitätsstädten vorhandenen geeigneten Krankenanstalten zu Unterrichtswecken zur Verfügung gestellt werden. Den Medizinalpraktikanten ist außer freier Station eine Vergütung zu gewähren. Dem wichtigen Gebiet der

Sozialhygiene, sozialen Medizin und Versicherungsmedizin muß weitgehend Rechnung getragen werden. Die Zahl der Assistenten an den Krankenhäusern ist durchweg eine ungenügende. Mindestens sollte auf 50 Betten ein Assistent kommen. Bei der übergroßen Zahl von neuapprobierten Ärzten gegenwärtig und in den nächsten Jahren ist es dringend notwendig, alsbald im Wege der Berordnung Bestimmungen festzulegen, die eine ausschließliche und gründliche Ausbildung der Medizinalpraktikanten in den drei Hauptfächern sicherstellen. Auf keinen Fall darf damit bis zur gesetzlichen Regelung der ganzen Studienreform gewartet werden.

Das Referat wurde mit allgemeinem, außerordentlichem Beifall aufgenommen.

Ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern wandte sich gegen den Vorwurf einer Verschleppung des Prüfungswesens. Die Angelegenheit werde gefördert, so weit es irgend möglich sei. Er hoffe, daß im Laufe des kommenden Winters die Vorarbeiten abgeschlossen werden könnten. An das Referat des Herrn Hansberg schloß sich sodann eine längere Debatte, in der eine Reihe interessanter Erklärungen und Anträge zu der Materie abgegeben wurde. Schließlich wurden die Leitfäden einstimmig en bloc angenommen.

Nach der Wahl des Geschäftsausschusses trat eine einstündige Pause ein.

Die Nachmittagsstunden waren der Beratung des ärztlichen Unterstützungswesens, der wirtschaftlichen Sicherstellung der Ärzte und ihrer Hinterbliebenen gewidmet.

Herr Bollmann betonte in seinem Referat, daß das bisherige Unterstützungswesen sich immer mehr als unzulänglich erweise. Eine zeitgemäße Neuordnung müsse an Stelle der kollektiven Wohlthätigkeit eine planmäßige Vororge mit Anspruchsrecht setzen, dornehmlich bei wirtschaftlichen Schäden solcher Reform sei die Entschlossenheit, einen beträchtlichen Teil des Einkommens für den Versorgungszweck aufzubringen bei Beteiligung möglichst aller Standesgenossen. Dies könne erreicht werden auf dem Wege der staatlichen Regelung oder durch Selbsthilfe. Es müsse eine Zentralisation für das ganze Reich angestrebt werden. Lokale Neugründungen sollten daher zunächst unterbleiben, vielmehr müßte versucht werden, schon bestehende Einrichtungen dem zu schaffenden Zentralinstitut unter Wahrung erworbener Rechte anzugliedern.

Herr Bongartz will die ärztlichen Versorgungskassen auf möglichst breiter Grundlage errichtet wissen, und zwar so lange die Zentralorganisation nicht in der Lage ist, eine Versorgungskasse für alle Ärzte Deutschlands ins Leben zu rufen durch die Landes- und Provinzialverbände auf dem Wege des korporativen Zwangsbeitritts für alle Kassendärzte und der Möglichkeit des freiwilligen Beitritts für Nichtkassendärzte.

Den Referaten folgte eine äußerst lebhaft ausgeführte, in der von allen Seiten die zwingende Notwendigkeit einer baldigen Regelung des ärztlichen Unterstützungswesens betont wurde. Nach Ablehnung einer Reihe von Anträgen wurde schließlich einstimmig der Beschluß gefaßt, der Geschäftsausschuss solle eine Kommission aus den geeigneten Kollegen bilden, die mit größter Beschleunigung den Plan für das Versicherungswesen auszuarbeiten solle.

Raubmord.

Ein Raubmord wurde am Samstag nachmittag zwischen 2 und halb 3 Uhr in der Georg-Friedrichstraße Nr. 2 in der Wohnung des Homeopthen Dr. Otto Witz ausgeführt. Anwesend sind nachmittags 2 Uhr zwei Personen bei ihm erschienen, um sich ein Rezept verschreiben zu lassen. Witz untersuchte die Leute, setzte sich an den Schreibtisch, um das Rezept auszuschreiben. In diesem Augenblick hat er, wie die „Bad. Presse“ schreibt, vermutlich zwei Hammerschläge auf den Kopf erhalten, die ihn schwer verletzten. Die Täter bemächtigten sich der Geldtasche, in der sich 2000 M. befunden haben sollen, und ergriffen die Flucht. Da niemand sich in der Wohnung befand, wurde die Tat zunächst nicht bemerkt. Gegen halb 3 Uhr schleppte sich der Schwerverletzte, der anscheinend zunächst bewusstlos war und dann wieder zu Bewußtsein kam, in dem im 1. Stockwerk gelegenen Laden. Er versuchte einige Worte zu sagen, brach aber sofort bewusstlos zusammen. Der herbeigerufene Arzt Dr. Ursperger veranlaßte die sofortige Überführung ins städt. Krankenhaus, wo Dr. Witz am 8. Sept. seinen schweren Verletzungen erlag.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Besucht die Volksbühne!

Auskunft: Gartenstr. 4, täglich 5-7 Uhr. S. 604.

François Villon.

R. L. Ammer hat François Villons Werke, des größten Volksgängers aller Zeiten, der noch heute in Frankreich viel gelesen wird, ins Deutsche übertragen (erschienen im Hyperion Verlag, Berlin), um diese Dichtungen auch dem deutschen Publikum zugänglich zu machen. François Villon ist der Prototyp des vollkommenen Genies, ein Dichtermacht, teuer, der sich mit Dürren und Zufällern gemeinmachtet, dauernd in die wildsten Händel und Kaufereien verwickelt ist, den seine Untaten bis an den Galgen führen, an dem er um Haarsbreite vorbeikommt, um dann für immer zu verschwinden und verschollen zu bleiben. Und dieser Mann, der ein entschlossenes Auser- und Lotterleben führte, war zu seiner Zeit, da die Poesie nichts anderes hervorbrachte als lange atmige, schwülstige, mit Allegorien und Gelehrsamkeit vollgepfropfte Romane, der einzige Dichter. Ein Volksdichter! Sein poetischer Nachlaß ist natürlich nicht sehr groß: ein paar Gedichte, ein paar Balladen und die beiden „Testamente“, in denen er Betrachtungen über den Wert des Lebens anstellt, in denen er Menschen und Einrichtungen mit seinem unbarmherzigen Spott geißelt und verhöhnt. Alles an schaulich, unmittelbar gesagt und gesagt, aus einem überquellenden Dichterherzen geschöpft, aus Herz greifend, wahr, ungeschönt, volkstümlich. Und über allem liegt der Hauch eines weltentfremdeten Schwermut. Der Übersetzer hat den Kraftvollen Ton des Originals getroffen. Druck und Ausstattung des Buches sind geliebt. Professor Hugo Koller.

Landestheater. Mit den Aufführungen von „Don Carlos“ am 21. Sept. und „Fidelio“ am 22. Sept. beginnt die Teilnahme der Theatergemeinde des Bühnenbundes an den Vorstellungen des Landestheaters. Es sind aufgerufen für Don Carlos die Teilnehmer Nr. 501-700, 1001-1150, 1501 bis 1650, für „Fidelio“ die Teilnehmer Nr. 1-400. Die Auslosung der Eintrittskarten erfolgt jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle der Theatergemeinde (geöffnet 10-11, 4-6 Uhr).

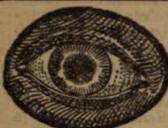
Nachruf!

In Karlsruhe ist am 16. September 1921 die Ehrenbürgerin unserer Stadt

Frau Minister Elisabeth Dietrich geborene Trick

ganz unerwartet aus dem Leben geschieden. Vor fünf Jahren haben wir ihr zum bleibenden Ausdruck unserer tiefsten Dankbarkeit den Ehrenbürgerbrief übergeben...

Der Gemeinderat und Bürgerausschuß: Dr. Weis, Bürgermeister.



Am 24. und 25. September werde ich in Karlsruhe, Hotel Nassauer Hof, gegenüber dem alten Bahnhof, anwesend sein...

la Dauerwäsche kauft man am besten nur im ersten u. einzigen Dauerwäsche-Spezialgeschäft Kaiserstraße 40

Raubmord

Am Samstag, den 17. September ds. Jrs. ist nachmittags zwischen 1/2 und 2/3 Uhr der 53 Jahre alte Arzt Dr. Otto Witz (Homeopath) in seiner Wohnung Georg-Friedrichstraße Nr. 2 II. Stock überfallen...

5000 Mk. Karlsruhe, den 18. September 1921. Der Oberstaatsanwalt.

Münsterbauverein Überlingen.

Die 8. Ziehung der Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolaus-Künstlers zu Überlingen findet am 6., 7. und 8. Oktober 1921 im Rathausaal dahier statt.

Überlingen, den 16. September 1921. Der Vorstand: J. R. A. Schwarz.

Jagdbut betr.

Auf Antrag der Jagdpächter Wilhelm und Max Eduard Hornung von Friedrichstal wurde als Jagdaufscher der Gemarkungsjagden Hardt, Wald und Stutensee...

Mannheim. J.997 Zum Handelsregister B Band XIX D.3. 47 wurde heute die Firma 'Rheinische Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft' in Mannheim...

Bad. Landestheater

Dienstag, 20. Sept. 1921, 6 1/2 - n. 1/10 Uhr. M.17-18

Die Jüdin.

Öffentl. Versteigerung

Mittwoch, den 21. September 1921, nachmittags 3 Uhr, werde ich in Offenburg am Güterbahnhofe (Holzlagerplatz der Firma Becht u. Gehring) gegen bare Zahlung für Rechnung dessen, den es angeht, öffentlich versteigern:

Aufgebotsverfahren.

Herr Buchbindermeister Emil Weiland hier, Mäckenstraße Nr. 15, hat als Inhaber der elterlichen Gewalt über seine Tochter Frieda, geb. am 23. Februar 1906...

Aufgebotsverfahren.

Frau Johannes Siegel Witwe hier, Kaiserstr. Nr. 120, hat als Vormünderin ihrer Tochter Hildegard Siegel, geb. am 28. November 1913 den Antrag gestellt, das abhanden gekommene Sparbuch derselben Nr. F Nr. 3889 mit einer Einlage von M. 3996 für kraftlos zu erklären.

Offenburg. J.998 Handelsregistereintrag B I D.3. 40: Süddeutsche Elektra- und Maschinen-Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Offenburg...

Offenburg.

Handelsregistereintrag A I D.3. 22: Firma Hermann Huber 'Dreiring' Elektrotechnische Fabrik, Offenburg...

Offenburg.

Handelsregistereintrag A I D.3. 360 zu Firma Dienst & Kochner, Offenburg: Otto Dienst ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Mosbach.

Zum Handelsregister A Band II wurde unter D. 3. 1 eingetragen: Leopold Altmann in Mosbach (Inhaber), Leopold Altmann, Kaufmann in Mosbach...

Müllheim.

Zum Handelsregister A D.3. 187 Firma Karl Haberfischer, Marxzell und D. 3. 16 Firma Wilhelm Hantzenhörnchen, Müllheim wurde eingetragen: Die Firma ist erloschen...

Offenburg. J.998 Handelsregistereintrag B I D.3. 40: Süddeutsche Elektra- und Maschinen-Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Offenburg...

Offenburg.

Handelsregistereintrag A I D.3. 22: Firma Hermann Huber 'Dreiring' Elektrotechnische Fabrik, Offenburg...

Offenburg.

Handelsregistereintrag A I D.3. 360 zu Firma Dienst & Kochner, Offenburg: Otto Dienst ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Offenburg.

Handelsregistereintrag B I D.3. 39: Bank für Handel und Industrie in Darmstadt, Niederlassung Offenburg i. B. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Bankgeschäften aller Art...

Mosbach.

Zum Handelsregister A Band II wurde unter D. 3. 1 eingetragen: Leopold Altmann in Mosbach (Inhaber), Leopold Altmann, Kaufmann in Mosbach...

Müllheim.

Zum Handelsregister A D.3. 187 Firma Karl Haberfischer, Marxzell und D. 3. 16 Firma Wilhelm Hantzenhörnchen, Müllheim wurde eingetragen: Die Firma ist erloschen...

Forzheim. J.981 Handelsregistereinträge. 1. Firma Fr. Bauer & Co. in Forzheim, westl. 137. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Friedrich Bauer ist alleiniger Inhaber der Firma...

Forzheim.

Handelsregistereintrag. Firma Rudi & Niemannberger, Aktiengesellschaft für Bijouterie- & Kettenfabrikation in Forzheim. Dem Kaufmann Eugen Schöb, dem Kaufmann Fritz Schöb, dem Kaufmann Max Stegmayer und dem Techniker Robert Einsle in Forzheim ist in der Weise Gesamtpfura erteilt...

Forzheim.

Handelsregistereintrag. Firma Rudi & Niemannberger, Aktiengesellschaft für Bijouterie- & Kettenfabrikation in Forzheim. Dem Kaufmann Eugen Schöb, dem Kaufmann Fritz Schöb, dem Kaufmann Max Stegmayer und dem Techniker Robert Einsle in Forzheim ist in der Weise Gesamtpfura erteilt...

Forzheim.

Handelsregister B I D.3. 60 Firma Süddeutsche Disconto-Gesellschaft Aktiengesellschaft - Depositenkasse Adolfszell - Hauptniederlassung Mannheim eingetragen worden: Weiteres Vorstandsmitglied ist Jakob Kottow in Mannheim.

Forzheim.

Im Handelsregister A Band I D.3. 140 - Firma Gottfried Kahler, Singen a. S. - ist eingetragen worden: Die Firma ist geändert in Gottfried Kahler Nachfolger Inhaber Gebr. Gleichauf, offene Handelsgesellschaft. Diese hat begonnen am 1. Juli 1921...

Forzheim.

Im Handelsregister A Band I D.3. 140 - Firma Gottfried Kahler, Singen a. S. - ist eingetragen worden: Die Firma ist geändert in Gottfried Kahler Nachfolger Inhaber Gebr. Gleichauf, offene Handelsgesellschaft. Diese hat begonnen am 1. Juli 1921...

Forzheim.

In das Handelsregister B Band I D.3. 44 - Firma Vanindustrie - Aktiengesellschaft vorm. Heinrich Degler Ehre in Rastatt - wurde heute eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des Vorstandsmitglieds Eduard Degler ist beendet.

Säckingen.

In das Handelsregister B D.3. 9 die Firma Bally und Gasser G. m. b. H. in Säckingen betr. wurde heute eingetragen: Die Einzelprokura des Kaufmanns Rudolf Weichbach in Säckingen ist erloschen. Dem Fabrikanten Emil Bally in Säckingen ist Einzelprokura erteilt. Säckingen, 12. Sept. 1921.

hanische Buntweberei Brennet in Stuttgart. Zweigniederlassung in Brennet betr. wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. Juni 1921 wurde das Grundkapital um Mark 4 000 000 erhöht und beträgt jetzt 8 000 000 Mark. In der Generalversammlung vom 24. Juni 1921 wurde § 4 des Gesellschaftsvertrages geändert. Säckingen, 12. Sept. 1921. Bad. Amtsgericht.

Forzheim.

In das Handelsregister A Bd. I D.3. 155, Hotel und Pension Bellevue in Forzheim wurde eingetragen: Die Firma ist erloschen.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band I D.3. 16 zur Firma 'Süddeutsche Metallwarenfabrik mit beschränkter Haftung in Big.' in Laudenbach wurde eingetragen: Die Vollmacht des Liquidators Johann Eduard Bachmann in Laudenbach ist beendet.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band I D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.

Forzheim.

Zum Handelsregister B Band II D.3. 52 zur Firma 'Chemische Fabrik Dr. Max Bröning' in Weinheim wurde eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst; das Geschäft wird von dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Robert Mög unter unveränderter Firma weitergeführt.